

Nr. XIX. GP.-NR
796
1995 -03- 2 0

13

ANFRAGE

des Abgeordneten Renoldner, Freundinnen und Freunde

an den Bundesminister für Finanzen

betreffend den Straßengütertransit durch Tirol

Die bereits offensichtliche Transitzkatastrophe seit Jänner 1995 - bis 20 % LKW-Zuwächse bei gleichzeitigen Rückgängen der Beförderungsleistung auf der Bahn von 20 - 30 % ist wesentlich durch das Absinken der Straßenbenützungsgebühr begründet. Der Weg von 80.640,- über derzeit 46 - 48.000,- bis auf 17.000,- Schilling ab 1997 läßt einen fortgesetzten vollständigen Niedergang der Transitpolitik von 1989 - 94 vorhersagen. Es werden nicht nur keine positiven Verlagerungseffekte, sondern absolute Rekordsteigerungen auf der Straße bereits verzeichnet, die sich noch exponentiell nach oben entwickeln. Angesichts der verheerenden Auswirkungen, die bereits bekannt sind, erübrigen sich weitere Begründungen. Die unterfertigten Abgeordneten stellen im Einklang mit den Transitinitiativen nachstehende

ANFRAGE:

1. Ist es richtig, daß durch die Straßenbenützungsgabgabe dem Bundesbudget 1995 rund 1 Milliarde ÖS an Abgaben entgehen, die bisher von EU-Transitfrächtern (In- und Ausländern) an Straßenverkehrsbeiträgen entrichtet wurden?
2. Ist es richtig, daß Sie diesen budgetären Ausfall mit der Erhöhung der Kraftfahrzeugsteuer für im Inland zugelassene LKW und der Erhöhung der Diesel-Mineralölsteuer kompensieren wollen?
3. Erachten Sie die Diesel-Verteuerung als Subvention für Transitfrächter (da sie z.B. Kleinfrächter belastet)?
4. Wenn nein, warum nicht? Können Sie wiederlegen, daß eine indirekte Kostenabwälzung auf Konsumenten erfolgt, da die KFZ-Steuer eine relative Begünstigung der Transitfrächter darstellt?
5. Stimmen Sie mit uns überein, daß der Verfall der Straßenbenützungsgebühr den ÖBB die Wettbewerbsfähigkeit im Transitbereich nimmt? Ist Ihnen der Totalkonkurs der "rollenden Landstraße" und die Notwendigkeit einer sofortigen Verbesserung des Bahn-Transits (mit der Zielrichtung Containersystem) bewußt?

6. Was gedenken Sie gegen den weiteren geplanten Verfall der Straßenbenützungsgebühr auf ÖS 32.750,- (1996) und auf ÖS 17.500,- (1997) zu unternehmen, bzw. zu ihrer Wiederherstellung in der alten Höhe?
7. Wenn Ihnen zu Frage 6 keine Alternativen einfallen - wie gedenken Sie den budgetären Milliardenausfall zu kompensieren, der zwangsweise eintreten wird?